

Gründungsgeschichte des Vereins

Anfang der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erzählte ein heutiges Mitglied des erweiterten Vereinsvorstandes, Klaus Krieger, während seiner Berufsausbildung in der bremischen Stadtverwaltung einem Mitschüler von den Monumentalbauten der NS-Zeit in Bremen-Farge. Derartige Projekte waren offenbar von der stadtbremischen Bevölkerung kaum wahrgenommen worden, da beispielsweise Bremen-Farge und weite Teile des heutigen Bremen-Nords traditionell, d.h. vor 1938, nicht zum Stadtgebiet Bremen gehörten.

Dieser Mitschüler mit Namen Rainer Habel, der schon in jungen Jahren außergewöhnlich politisch interessiert war, transportierte diese Informationen an das regierende –vornehmlich sozialdemokratische- Umfeld des damaligen Bürgermeisters Hans Koschnick, zu dem er Zugang hatte. Das Interesse für den beabsichtigten Zweck und das Zustandekommen dieser von Größenwahn zeugenden Kolossalbauten ließ ihn selbst aber nicht mehr los. Er betrieb eigene Nachforschungen und nahm dabei Kontakt zu den Überlebenden der hier eingesetzten Zwangsarbeiter auf. Schließlich wurde er auf Grund seines außerordentlichen Engagements, derartige Hinterlassenschaften der NS-Herrschaft in Erinnerung zu rufen und für die Nachwelt aufzuarbeiten, zum Bundesdenkmalbeauftragten der SPD ernannt. Leider ist er inzwischen verstorben.

Seiner Initiative ist es offenbar auch zu verdanken, dass eine für den Bunker „Valentin“ objektbezogene Skulptur bei dem Bildhauer Fritz Stein in Auftrag gegeben wurde. Da jedoch die Mittel für diese Skulptur aus dem Kulturhaushalt des damaligen Senators Horst-Werner Franke bereitgestellt wurden, der auch in seiner Eigenschaft als Bildungssenator zeitgleich Schulschließungen betrieb, war die Errichtung der kostenträchtigen Skulptur ortspolitisch sehr umstritten. Hauptgrund dafür war, dass die Grundschule in Bremen-Rekum geschlossen werden sollte. Sie blieb aber letztlich in Folge eines beispiellosen Bürgerprotestes erhalten.

Diese beeindruckende Skulptur „Vernichtung durch Arbeit“ wurde vor dem Eingangstor des von der Bundesmarine teilgenutzten Bunkers aufgestellt und am 17. September 1983 durch den amtierenden Bürgermeister Hans Koschnick feierlich eingeweiht. Neben zahlreichen Gästen aus dem öffentlichen Leben und vielen Interessierten aus der Bevölkerung nahmen Mitglieder der französisch/belgischen

Vereinigung ehemaliger KZ-Häftlinge/Zwangsarbeiter, der „Amicale Internationale de Neuengamme“, an der Veranstaltung teil.

Danach wurde es angesichts des Vergessens einerseits und durch jahrzehntelange Verdrängung andererseits wieder still um die unrühmliche Geschichte des Bunkers.

Mit Beginn der 90-er Jahre wurden auf Grund eines prognostizierten Wohnungsmehrbedarfs in Bremen verschiedene für Gewerbe vorgesehene Flächen für Wohnungsbau umgewidmet. Als Ersatz sollte eine bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche südlich der Hospitalstraße für Gewerbe („Gewerbegebiet Hospitalstraße“) vorgesehen und durch Änderung des Flächennutzungsplanes (47. Änderung) legalisiert werden. (Diese Absicht besteht formal noch heute.)

Dieses Ansinnen traf jedoch auf erheblichen Widerstand der Reker Bevölkerung, die in einer vom SPD-Ortsverein einberufenen öffentlichen Einwohnerversammlung spontan dagegen protestierte und den Blumentaler Beirat veranlasste, die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in dieser Konsequenz abzulehnen.

Erst Ende 1992 unternahm die Wirtschaftsbehörde und das Bauressort erneut einen Vorstoß und konkretisierten eine Ausdehnung der weiterhin geplanten Gewerbefläche von 12 auf 21 Hektar. Das führte zu einer (konzertierten) „Initiative Farge-Rekum“, bestehend aus Ortspolitikern, Vertretern der örtlichen Vereine und von der Planungsänderung direkt Betroffenen, die letztlich in erneuten Einwohnerversammlungen (im November 1993 und im Juli 1994) von den Anwesenden beauftragt wurde, sachliche Gründe gegen das geplante Gewerbegebiet und gegen einen neu geplanten Windpark bei den beteiligten Ressorts geltend zu machen .

Ein gewichtiges Argument, das „Gewerbegebiet Hospitalstraße“ abzulehnen, fand sich in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit des ausgewiesenen Geländes, zu dem die Lagerstraße gehört, die mit dem Leidensweg der beim Bunkerbau eingesetzten Zwangsarbeiter untrennbar verbunden ist. Mit dieser Auseinandersetzung betrat die „Initiative“ Neuland, zumal sie vorwiegend aus Personen mittleren Alters bestand, die herkunfts- bzw. generationsbedingt gegenüber der Vergangenheit unvorbelastet waren. Der Kern der Initiativ-Mitglieder erkannte die geschichtliche Bedeutung der Vergangenheitsbewältigung im Zusammenhang mit dem Bunkerbau. Diese Mitglieder sahen sich deshalb in der

Pflicht, sich intensiv mit der zwar technisch faszinierenden aber tragischen Entstehungsgeschichte des Bunkers zu befassen. Um Kontakt zu Institutionen mit ähnlichen Bestrebungen aufzunehmen und um Ihr Wissen zu erweitern, baten sie daher zu einem „Runden Tisch“, dem einige honorige Persönlichkeiten mit einschlägigen Sachkenntnissen und entsprechenden Interessen aus der gesamten Region beitraten.

(Das Gewerbegebiets-Vorhaben war inzwischen nach mehrfachem Regierungswechsel ins Stocken geraten.)

Der „Runde Tisch“ bedingte letztlich eine erhebliche Erweiterung der Kompetenzen seiner Mitglieder, der jetzt auch überörtlich bzw. überregional wahrgenommen wurde und verlangte nach organisatorischer Regelmäßigkeit. So kam es am 11. Oktober 1999 zur Gründung des Vereins „Dokumentations- und Gedenkstätte Geschichtslehrpfad Lagerstraße/U-Boot-Bunker Valentin e. V.“.